



# HESSISCHER LANDTAG

## Änderungsantrag

19.01.2022  
HHA

### Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses  
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Landesaufnahmeprogramm**

Einzelplan 03 **Hessisches Ministerium des Innern und für Sport**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 01 Ministerium  
Buchungskreis: 2295

Produktnummer lt. Leistungsplan 18 (neu)

Bezeichnung lt. Leistungsplan Landesaufnahmeprogramm für Flüchtlinge in Not

**Veränderung**

von                      um                      auf

**Leistungsplan:**

	Beträge in 1.000 EUR		
<b>Gesamtkosten</b>	0,0	+ 15.000,0	15.000,0
<b>Produktabgeltung</b>	0,0	+ 15.000,0	15.000,0

**Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**

#### **Begründung des Änderungsantrags:**

Seit Jahren verlieren viele Menschen ihr Leben bei dem Versuch über die tödlichen Routen nach Europa zu gelangen. Da es an legalen und sicheren Einreisemöglichkeiten für Schutzsuchende mangelt, werden Menschen dazu gezwungen, bei gefährliche Überfahrten auf dem Mittelmeer ihr Leben zu riskieren, die Gefahr einzugehen in libyschen Folterlagern zu landen oder unter unmenschlichen Bedingungen in „Hotspots“ wie Moria ihr Dasein zu fristen.

In den vergangenen Monaten ist ein neuer Schauplatz für das Leid an den Außengrenzen hinzugekommen. Tausende von Menschen, viele von Ihnen aus Krisengebieten wie Afghanistan, Jemen und Syrien, sind an der belarussischen Grenze gestrandet. Nach dem Machtübernahme der Taliban in Afghanistan ist vielen gefährdeten Menschen immer noch nicht die Ausreise gelungen, sie befinden sich nach wie vor in Lebensgefahr.

Angesichts dieser Tatsachen muss Hessen schleunigst seine vorhandenen Möglichkeiten nutzen, um durch ein Landesaufnahmeprogramm eine legale und sichere Einreisemöglichkeit zu schaffen. Das von der Landesregierung im Koalitionsvertrag angekündigte Landesaufnahmeprogramm gemäß § 23 Abs. 1 AufenthG muss im Haushalt abgebildet werden und endlich umgesetzt werden.

Wiesbaden, 19.01.2022

Für die Fraktion  
DIE LINKE  
Der Fraktionsvorsitzende:

**Jan Schalauske**